

BGE 21 I 375

Bundesgericht (BGE), 1895-01-01, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_21_I_375

FR: ATF 21 I 375

IT: DTF 21 I 375

Volltext

51. Urteil vom 20. Juni 1895 in Sachen Lütcher. A. Georg Lütcher von Jenins wurde durch Beschluß der Vormundschaftsbehörde Maienfeld vom 25. Dezember 1894 unter Vormundschaft gestellt. Georg Lütcher ist Besitzer eines ganz kleinen Vermögens (circa 2000 Fr.), 64 Jahre alt, und seit kurzem wieder verheiratet. Seine Bevogtigung wurde auf Begehren der Kinder erster Ehe ausgesprochen, und in der Hauptsache damit motiviert, daß nach Ansicht der Behörde es ihm nicht möglich sei, seine Frau und die zwei unehelichen Kinder derselben die er zu sich genommen habe, durch seine Arbeit zu unterhalten, und es daher unverantwortlich erscheine, wenn er anderer Leute Kinder erhalte, ohne irgend welche Entschädigung zu kriegen. In der Tat habe sich in letzter Zeit sein kleines Vermögen bereits vermindert. Der Bezirksgerichtsausschuß Maienfeld bestätigte auf Rekurs hin den Beschluß der Vormundschaftsbehörde und betont in seinem Entscheid: Die Wiederverehelichung des Lütcher an sich, oder die Gefahr, daß er sein Vermögen, statt es den Kindern erster Ehe zu erhalten, den Gliedern seiner neugegründeten Familie bei Lebzeiten zuwenden, sei zwar kein zulässiger Bevogtigungsgrund. Dagegen scheine außer allem Zweifel zu stehen, daß bei der Leichtfertigkeit seiner Frau, dem Alter und der bereits sehr verminderten Arbeitsfähigkeit Lütchers, und seinem sehr geringen Vermögen, die Gefahr der künftigen Dürftigkeit für Lütcher und seine Familie bestehe. Darin liege aber ein bundesrechtlich zulässiger Grund zur Bevogtigung. Darauf, daß die Vormundschaftsbehörde sich auf den § 100 Ziff. 3 des bündnerischen Privatrechtes berufe, komme es nicht an, da diese Gesetzesbestimmung sich inhaltlich mit Art. 5 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die persönliche Handlungsfähigkeit decke. B. Gegen diesen Entscheid rekurriert nun Georg Lütcher an das Bundesgericht. Seine Ausführungen gehen im wesentlichen dahin: Es liege ein Eingriff in das verfassungsmäßige Recht persönlicher Freiheit des Rekurrenten vor. Der Bevogtete sei persönlich, wie die vielen vorgelegten Zeugnisse dartun, und das Gericht selbst zugebe, ein ordentlicher Mann. Die Vorwürfe betreffen nur seine Frau, seien aber in Bezug auf das Vorleben

derselben übertrieben und für gegenwärtig ganz und gar nicht zutreffend. Sie führe sich nun wie jede andere ordentliche Hausfrau auf. Der kleine Rückschlag im Vermögen seit 1892 sei etwas Zufälliges und rechtlich ohne Bedeutung. Der Bezirksgerichtsausschuß habe die Tatsachen verdreht, und dieselben in bundesrechtlich unzulässiger Weise beurteilt. Er beufe sich zwar in seinem Urteil auf Art. 5 des Bundesgesetzes über die persönliche Handlungsfähigkeit; in seinen Erwägungen und in seiner Rechtsprechung gehe er aber über den Inhalt des Art. 5 B.-G. hinaus, und statuiere einen Bevogtigungsgrund, der in diesem Artikel nicht vorgesehen sei. Lütcher sei kein Verschwender und ein noch rüstiger Mann. Man werfe ihm zwar verminderte Arbeitsfähigkeit infolge Alters vor; wäre dies aber auch der Fall, so läge darin kein bundesrechtlich zulässiger Bevogtigungsgrund. Vollends unverständlich sei sodann, wenn man Jemandem die Vermögensverwaltung deswegen entziehe, weil angeblich die Frau

einen ungünstigen Einfluß auf ihn ausübe. Rekurrent verlange daher Aufhebung der vom Bezirksgerichtsausschuß bestätigten vormundschaftlichen Verfügung, unter gerichtlicher und außergerichtlicher Kostenfolge. C. Advokat H. Hold in Chur, Namens der Vormundschaftsbehörde des Kreises Maienfeld, antwortet: Der Fall sei mit dem im bundesgerichtlichen Urteil vom 10. Oktober 1894 in Sachen Leuener behandelten identisch. Hier wie dort handle es sich darum, ob die in § 100 Ziff. 3 des bündnerischen Privatrechtes mit Art. 5 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Handlungsfähigkeit übereinstimmende Voraussetzung üblen Haushaltes und daheriger Gefahr künftigen Notstandes zutreffe. Beide kantonalen Instanzen hätten nun nach sachlicher Prüfung die Frage bejaht. Damit sei die Sache materiell vollkommen erschöpft, da das Bundesgericht nach seiner ständigen Praxis die richtige Anwendung des kantonalen Gesetzesrechtes nicht zu überprüfen habe. Es könne sich nur noch fragen, ob dem rekurrirten Bevogtigungsbeschluß nicht etwa ein Vorschieben eines offenbar unzulässigen Entmündigungsgrundes, somit eine Umgehung des Bundesgesetzes zu Grunde liege. Auch dies sei nicht der Fall. Die Bevogtigung sei nicht etwa bloß wegen der Wiederverhehlung verfügt worden. Auch sei der frühere gute Leumund des Lüscher keineswegs außer Acht gelassen worden. Wenn aber sich derselbe in seinem hohen Alter einer notorisch liederlichen Person in die Arme werfe, seine Familie verlasse, versilbere, was er liquid finde, und bei jener Person vergeude, wenn er trotz aller Zureden seiner Kinder und der Vormundschaftsbehörde seinen anstößigen Lebenswandel nicht nur fortsetze, sondern sich sogar bethören lasse, jene Person zu ehelichen und mit ihr auch deren zwei außerehelichen Kinder aufzunehmen, während er außer Fall sei, sich allein durchzubringen, dann sei gewiß bei dem ohnehin geringen Vermögen des Lüscher und seiner geschwächten Arbeitskraft die Annahme berechtigt, daß dessen Notstand resp. dessen Unterstützungsbedürftigkeit zu Lasten seiner Kinder erster Ehe und der Heimatgemeinde in nächster Aussicht stehe. Aus diesen Gründen werde Abweisung des Rekurses unter Verurteilung des Rekurrenten in sämtliche Kosten beantragt. Das Bundesgericht zieht in Erwägung: 1. Was die Kompetenzfrage betrifft, so könnten Zweifel bestehen, ob das Bundesgericht zufolge des Wortlautes von Art. 189 Abs. 2 des neuen Organisationsgesetzes betreffend die Bundesrechtspflege derzeit noch zuständig sei, Beschwerden zu entscheiden, die sich auf die Verletzung des Bundesgesetzes vom 22. Juni 1881 beziehen, welches Gesetz die näheren Normen aufgestellt hat, innert welcher die Handlungsfähigkeit dem Schutze des Bundes unterstellt sei. Besagter Art. 189 bezeichnet nämlich in seinem ersten Absatz jene Artikel der Bundesverfassung, bezüglich derer Rekursentscheide in die Befugnis der politischen Bundesbehörden gelegt sind. Hieran reiht sich im zweiten Absatz die Vorschrift: Vom Bundesrate und von der Bundesversammlung sind überdies zu erledigen: Beschwerden betreffend die Anwendung der auf Grund der Bundesverfassung erlassenen Bundesgesetze, soweit nicht diese Gesetze selbst oder gegenwärtiges Organisationsgesetz (Art. 182) abweichende Bestimmungen enthalten. Diese ganz allgemein gehaltene Vorschrift könnte man versucht sein, auch auf das Handlungsfähigkeitsgesetz anzuwenden, indem letzteres eine entgegenstehende Kompetenzbestimmung zu Gunsten des Bundesgerichtes nicht enthält, und auch Art. 182 des neuen Organisationsgesetzes hiefür nicht angerufen werden kann. Hiezu kommt noch ferner, daß Art. 180 O.=G. verschiedene Bundesgesetze aufführt, bei deren Verletzung das Bundesgericht als Staatsgerichtshof angerufen werden kann, wobei das Handlungsfähigkeitsgesetz nicht miterwähnt wird. Dem gegenüber gehört jedoch die Handlungsfähigkeit von jeher, wie auch der Bundesrat in seiner Botschaft zum neuen Organisationsgesetz (Bundesblatt II, 1892 S. 380) anerkannt hat, zu den wichtigsten

Individualrechten der Bürger, zu deren Schutz seit dem Jahre 1874 das Bundesgericht durch Art. 113 Ziff. 3 B.=V. als Rekursinstanz eingesetzt worden ist, und war bekanntermaßen bei Erlaß des neuen Organisationsgesetzes keineswegs die Absicht, die Kompetenzsphäre des Bundesgerichtes zu beschränken, sondern gegenteils dieselbe (mit Rücksicht auf konfessionelle Anstände) zu erweitern. Offenbar besteht daher in dieser Richtung eine Lücke oder Undeutlichkeit im Gesetzestext, welche der Richter im Sinne der grundlegenden Vorschrift des Art. 113 Ziff. 3 B.=V., welche auch in Art. 175 Abs. 3 des neuen Organisationsgesetzes wörtlich aufgenommen wurde, zu ergänzen hat. Auch der Bundesrat hat in einem besonderen Schreiben an das Bundesgericht vom 4. Juni 1895 erneut und unumwunden anerkannt, daß Rekurse betreffend Verletzung der Handlungsfähigkeit der Bürger der Beurteilung durch das Bundesgericht unterliegen. Es ist daher auf die materielle Prüfung der Beschwerde einzutreten. 2. In materieller Beziehung kann der Auffassung der Vor mundschaftsbehörde Maienfeld nur beigetreten werden. Der Bezirksgerichtsausschuß Maienfeld stellt in seinem Beschluß vom 15. März 1895 einen bundesrechtlich zulässigen Bevogtungsgrund, nämlich denjenigen übler Vermögensverwaltung und daheriger Gefahr eines künftigen Notstandes fest. Darüber, ob der Bezirksgerichtsausschuß die Tatsachen, auf welche er die Bevogtung stützt, richtig gewürdigt hat oder nicht, kommt dem Bundesgericht nach bekannter Praxis eine Nachprüfung nicht zu. Demnach hat das Bundesgericht erkannt: Der Rekurs wird als unbegründet abgewiesen.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.